



## XENOS-Projekt „BleibNet PLUS für Brandenburg“



Caritasverband  
der Diözese Görlitz e.V.



IHK-Projektgesellschaft mbH  
OSTBRANDENBURG

# Zeitungsartikel:

Finsterwalde, den 30.11.2011

## Zukunftsperspektive Bleiberecht – Cottbus diskutiert

Cottbus, 28.11.2011, 19 Uhr. 35 Menschen füllten den Tagungsraum des St. Johanneshauses. 35 Menschen mit unterschiedlichstem Hintergrund und verschiedensten Beweggründen. Sei es aus eigener Betroffenheit, sozialen, beruflichen oder politischen Gründen, sie alle kamen aus Interesse an einem Thema: Die Regelung des Bleiberechts für Flüchtlinge und langjährig „Geduldete“.

Experten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft trafen aufeinander, um diese aktuelle gesellschaftspolitische Debatte zu diskutieren. Mit der Informationsveranstaltung „Für eine neue Bleiberechtsregelung“ wollten der Caritasverband der Diözese Görlitz e.V. und Projektmitarbeiter des XENOS-Projektes „BleibNet PLUS für Brandenburg“ auf die Situation von 87.000 in Deutschland lebenden Geduldeten sowie Asylbewerbern als auch zehntausenden Menschen mit Aufenthaltsgestattung hinweisen. Viele dieser Menschen leben in Armut, Isolation und mit der ständigen Angst jederzeit abgeschoben zu werden. Eine Rückkehr ins Heimatland ist für viele der Flüchtlinge jedoch schlichtweg unmöglich.

„Das Ziel unserer Bleiberechtsveranstaltung ist ein Austausch, ein Dialog untereinander“, so Michael Standera (Caritasverband). Sein Wunsch: „die Begegnung, das Gespräch, eine Sensibilisierung verschiedenster Akteure.“



## XENOS-Projekt „BleibNet PLUS für Brandenburg“



Caritasverband  
der Diözese Görlitz e.V.



IHK-Projektgesellschaft mbH  
OSTBRANDENBURG

### *Ein Exkurs*

Im Jahr 2006 lebten bereits über 300.000 rein rechtlich Geduldete seit mindestens sechs Jahren in Deutschland, die meisten von ihnen in Kettenduldung. Das politische und gesellschaftliche Interesse zu diesem Thema stieg, die Aufmerksamkeit wuchs. Eine Lösung musste her. Die politische Lösung für langjährig Geduldete hieß: Wer seinen Lebensunterhalt selbständig durch Erwerbstätigkeit sichern kann und bis zu einem bestimmten Einreisestichtag durchgängig sechs Jahre (Familien) bzw. acht Jahre (einzelne Personen) in Deutschland lebte, wer hinzukommend noch straffrei und sozial integriert war, der durfte vorläufig bleiben und bekam eine befristete Aufenthaltsgenehmigung. Dass nicht alle diesen Anforderungen genügen, liegt auf der Hand. Durch jahrelange Erwerbslosigkeit können nur wenige den hohen ökonomischen Leistungsanforderungen gerecht werden. Kranken, Traumatisierten oder Alten bleibt somit jede Chance verwehrt.

Diese Bleiberechtsregelung läuft Ende 2011 aus. Was aus den Betroffenen wird, ist unklar.

### *Zurück zur Informationsveranstaltung*

Auch der Vorsitzende Geschäftsführer der Agentur für Arbeit in Cottbus, Herr Heinz-Wilhelm Müller, stellte sich der Debatte und dem problematischen Thema. Herr Müller referierte und diskutierte gekonnt, gewitzt und mit gewissem Charme die Fragen „Wie entwickelt sich der Brandenburger Arbeitsmarkt? Und „Brauchen wir in Zukunft Migranten?“. Die Quintessenz seiner Ausführung: Der (Lausitzer) Arbeitsmarkt brauche Arbeits- und Fachkräfte. Den Arbeitgeber interessiere dabei theoretisch nicht die Herkunft seines Arbeitnehmers. In der Praxis jedoch sieht es noch immer anders aus, wie Dipl.-Sozialarbeiter/-päd. (FH) Andreas Jahn von der Caritas in der anschließenden Diskussion berichtet. „Wir leisten permanente Überzeugungsarbeit sowohl bei Arbeitgebern als auch bei



Caritasverband  
der Diözese Görlitz e.V.



IHK-Projektgesellschaft mbH  
OSTBRANDENBURG

Behörden. Beim Versuch Flüchtlinge oder Geduldete in den Arbeitsmarkt zu integrieren liegen uns ständig Stolpersteine im Weg. Wir gehen täglich nicht vorherzusehende Umwege.“ Die größten Probleme seien, laut Müller, nicht anerkannte akademische Ausbildungen und Berufsabschlüsse und nicht stattgefundene Berufsausbildungen. Hinzu kommen nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Dass jedoch viele Asylbewerber nicht die Chance auf Sprach- und Integrationskurse bekommen, ist den meisten Arbeitgebern oder gar Politikern nicht bewusst.

Aus Gründen, wie diesem, war die Informationsveranstaltung dringend notwendig. Wie sich die auslaufende Bleiberechtsregelung in Zukunft gestaltet, ist an dieser Stelle nicht absehbar. Dennoch wurde ein wichtiger Akteur der Arbeitsagentur bereits auf die Problematik aufmerksam gemacht. Nur auf diesem Weg können sich zukünftig Strukturen und Gesetze ändern. Schade nur, dass viele eingeladene Politiker nicht erschienen. Genauso bedarf es noch immer einer verstärkten Sensibilisierung der Arbeitgeber der Region. Nur so kann schließlich der Appell von Silke Finner (Teilnehmende der Diskussion) Früchte tragen: „Arbeitgeber investiert mehr in Migranten und baut diese konsequent und nachhaltig auf!“ Denn, wie Herr Müller feststellte, „Der Lausitzer Arbeitsmarkt braucht Arbeitskräfte, der Arbeitsmarkt braucht ALLE.“

Zeichen: 4432

Verfasser: Christin Schneider (IHK-Projektgesellschaft mbH Frankfurt/Oder, Projektleiterin BleibNet PLUS)

Kontakt: Caritasverband der Diözese Görlitz e.V.  
Regionalstelle Senftenberg  
XENOS-Projekt „BleibNet PLUS Brandenburg“ TP3  
Andreas Jahn  
Geschwister-Scholl-Straße 3, 03238 Finsterwalde  
Telefon: 03531/61362

IHK-Projektgesellschaft mbH OSTBRANDENBURG  
XENOS-Projekt „BleibNet PLUS Brandenburg“ TP6  
Christin Schneider  
Puschkin-Straße 12b, 15236 Frankfurt/O  
Telefon: 0335/ 56212210